



NEWSLETTER 08/2010

FORUM|MIGRATION



Integration ist besser als ihr Ruf

Jahresgutachten des Sachverständigenrats für Integration und Migration

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) stellte vor Kurzem sein erstes Jahresgutachten in Berlin der Öffentlichkeit vor. Dabei kommt der SVR, für einige überraschend, zu dem Ergebnis, dass die Integration in Deutschland bei Weitem besser als ihr Ruf sei. Besonders im europäischen Vergleich befindet sich die Integration weitgehend auf Erfolgskurs.

NEUES LAYOUT

Mit dieser Ausgabe erscheint Forum Migration in einem völlig neuen Layout. Grund ist die Anpassung aller Bereiche des DGB Bildungswerk an ein neues gemeinsames Corporate Design. Alle Produkte des Bildungswerks werden damit als „Verwandte“ erkennbar. Inhaltlich ändert sich nichts. Es steht weiterhin Forum Migration drauf und Forum Migration ist auch drin.

Klaus J. Bade, der Vorsitzende des SVR, zieht ein positives Fazit: „Integration in Deutschland ist, trotz einiger Problemzonen, gesellschaftlich und politisch ein Erfolgsfall. Sie ist im internationalen Vergleich viel besser als ihr Ruf im Land. Auch die Politik ist in der Einwanderungsgesellschaft angekommen und hat Integration endlich als gesellschaftspolitisches Thema ersten Ranges akzeptiert.“ Doch neige die Politik bei ihrer Selbstdienstleistung mitunter dazu, Ursache und Folgen zu verwechseln. Für das Jahrzehntelange friedliche Zusammenwachsen der Einwanderungsgesellschaft sei die Politik jedenfalls wenig richtungweisend gewesen, vielmehr habe sie sich eher widerwillig der Entwicklung angepasst.

Anlass zu mehr Optimismus gibt auch der erstmals im Rahmen des SVR-Integrationsbarometers ermittelte Integrationsklimaindex (IKI): Er misst Erfahrungen und Erwartungen der mehr als 5.600 Befragten zu unterschiedlichen Bereichen der Integration, wie beispielsweise Arbeitsmarkt, Wohnen oder Bildung. Auf einer Skala von 0 (sehr schlecht) bis 4 (sehr gut) erreicht der IKI recht positive Werte. So kommt die Mehrheitsbevölkerung bei der Bewertung auf einen Mittelwert von 2,77 (2009) und die Zuwanderungs-

INHALT 08/2010

Integration ist besser als ihr Ruf	1
Arbeitsmarktzugang für Drittstaatsangehörige	2
Zahlenwerk: Armutsrisiko in Deutschland	2
Addierte Versicherungszeiten	2
Datenbank Integrationsreport	2
Roma-Kinder ohne Chance	3
43 Millionen Menschen auf der Flucht	3
Integration durch Internet & Co.	3
Termine	3
Migration und Integration in Zeiten der Krise – Ergebnisse des Internationalen Migrationsausblick 2010 der OECD	4

Weiter auf Seite 2

bevölkerung sogar auf 2,93. Bade sieht hier einen „pragmatischen Integrationsoptimismus“, gepaart mit einem „gegenseitigen Grundvertrauen“.

Die wichtigste Baustelle macht der SVR im Bildungsbereich aus, noch kann nämlich von Chancengleichheit zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund nicht die Rede sein. Hier sei eine Bildungs- und Qualifikationsoffensive vonnöten, die auch die nachhaltige Vererbung der sozialen Startnachteile einschränkt. „Bildungsinvestitionen sind nachhaltiger als Banksubventionen“, meint Bade.

Das Jahrestatistik kann im Internet heruntergeladen werden unter:
www.migration-online.de/svr_jahrestatistik_2010

Arbeitsmarkt-zugang für Drittstaatsangehörige

Handreichung erläutert rechtliche Rahmenbedingungen

Im Juni 2010 ist beim Bereich Migration & Qualifizierung des DGB Bildungswerk die Handreichung „Deine Rechte: Rechtliche Voraussetzungen für Drittstaatsangehörige zur Aufnahme einer Beschäftigung in Deutschland“ erschienen. Der Titel beschreibt, worum es geht und ist gleichzeitig das letzte Glied einer Kausalkette: Gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist eine zentrale Voraussetzung für die Integration. Die wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilnahme ist Arbeit. Da der Zugang zum Arbeitsmarkt rechtlich geregelt ist, ist das Wissen um die eigenen Rechte von zentraler Bedeutung. Das gilt insbesondere für Drittstaatsangehörige, da Unionsbürgerinnen und -bürger mit bis Mai 2011 befristeter Ausnahme für einige neue Mitgliedstaaten gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt haben.

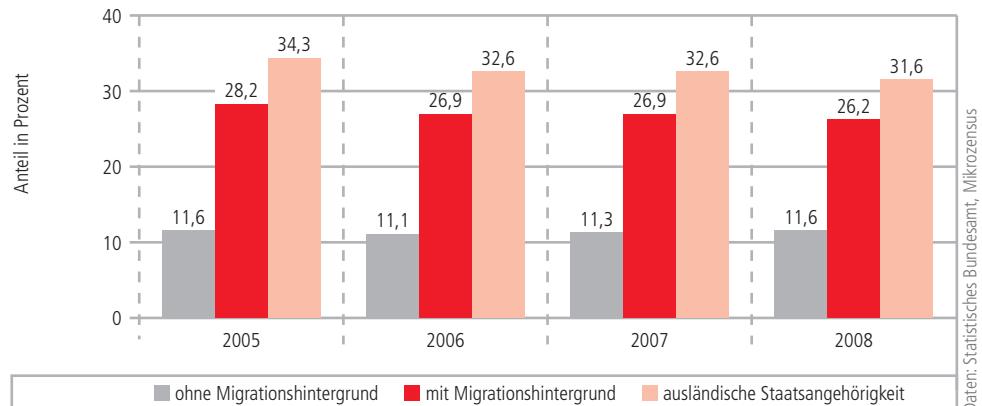
Grundlage der rechtlichen Regelungen ist das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz, mit letzter Änderung vom 30. Juli 2009 und das darauf beruhende Aufenthaltsgesetz.

Der Informationsleitfaden stellt im ersten Teil die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen in seinen verschiedenen Varianten dar. Im zweiten Teil werden die beschäftigungsrechtlichen Voraussetzungen der Arbeitsaufnahme von Drittstaatsangehörigen erläutert. Dieser Teil bildet den Schwerpunkt der Broschüre.

Die Handreichung „Deine Rechte: Rechtliche Voraussetzungen für Drittstaatsangehörige zur Aufnahme einer Beschäftigung in Deutschland“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:
www.migration-online.de/hr_beschaeftigungsrecht

Zahlenwerk

■ Armutsriski in Deutschland (nach Migrationshintergrund) 2005 bis 2008



Das Armutsriski definiert sich als Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen, das weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Deutschland (in Privathaushalten) beträgt.

Das Äquivalenzeinkommen ist ein statistischer Wert, der Vergleiche ermöglicht. Dabei wird das Haushalteinkommen einer Familie durch die gewichteten Familienmitglieder dividiert. Entsprechend der so genannten neuen OECD-Skala erhält der Hauptinkommensbezieher die Gewichtung 1,0. Personen, die älter als 14 Jahre sind, die Gewichtung 0,5 und Jüngere die Gewichtung 0,3. Das Jahreseinkommen eines Ehe-

paars mit zwei Kindern unter 14 Jahren würde also durch 2,1 dividiert, um das Äquivalenzeinkommen zu ermitteln. Der Median ist ein statistischer Mittelwert (oder Zentralwert). Dabei werden alle vorhandenen Werte aufgelistet und in zwei Hälften geteilt. Die Teilungsstelle ist der Median. Die Berechnung hat gegenüber dem arithmetischen Mittel den Vorteil, dass extreme Streuungen weniger stark ins Gewicht fallen. Ein Beispiel: Wenn in einem Dorf mit 100 Einwohnern 98 ein Jahreseinkommen zwischen 10.000 und 60.000 Euro haben und die restlichen zwei ein Jahreseinkommen von je zehn Millionen Euro, liegt das arithmetische Mittel deutlich höher als der Median.

Addierte Versicherungszeiten

Infos der Deutschen Rentenversicherung

In der EU gilt im Bereich der sozialen Sicherheit das so genannte Europarecht, das zum Beispiel eine Gleichbehandlung oder die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten in den Mitgliedstaaten garantiert. Das Europarecht gilt zum einen für Staatsangehörige eines Mitgliedstaats, zum anderen für Drittstaatsangehörige, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten. Durch besondere Abkommen sind auch Island, Liechtenstein und Norwegen (Europäischer Wirtschaftsraum) und die Schweiz einbezogen.

Daneben hat die Bundesrepublik Deutschland mit einer Reihe von Ländern bilaterale Sozialversicherungsabkommen geschlossen, die im Wesentlichen den Erwerb von Rentenansprüchen und die Zahlung von Renten in den jeweiligen Staaten regelt. Das sind einige grundlegende Informationen, die die Deutsche Rentenversicherung Bund auf ihrer Internetseite bietet.

Wer Näheres wissen will, kann sich dort umsehen:
www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/nn_11792/SharedDocs/de/Inhalt/02_Rente/06_ausland_rent/e01_grundlagen/europaeisches_gemeinschaftsrecht.html

Datenbank Integrationsreport

Neuer Service des BAMF

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stellt ab sofort Daten zu den verschiedenen Aspekten der Integration von Migrantinnen und Migranten online zur Verfügung.

Die „Datenbank Integrationsreport“ liefert belastbare Daten in Form von kommentierten Excel-Tabellen zu

den Themen Einbürgerung, sprachliche Integration, Bildung, Wohnen und sonstige Grunddaten zur Zuwanderungsbewohner. Aktuell stehen mehr als vierzig Datensätze zur Verfügung. Nach Angaben des BAMF werden weitere Bereiche und Daten folgen.

Wer Weitere Informationen gibt es im Internet unter:
www.bamf.de/cln_092/nn_442016/DE/Migration/Home-Teaser/teaser-datenbank-integrationsreport.html?__nnn=true



Roma-Kinder ohne Chance

UNICEF-Studie zur Situation von Flüchtlingskindern im Kosovo

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) legte Anfang Juli 2010 eine Studie mit dem Titel „Integration unter Vorbehalt“ zur Lage von Flüchtlingskindern kosovarischer Roma, Ashkali und Ägypter nach ihrer Abschiebung in den Kosovo vor.

Rund 12.000 kosovarische Roma sind derzeit ausreisepflichtig, darunter 5.000 Kinder. Zwei Drittel dieser Kinder sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Die meisten Roma sind Anfang der 90er-Jahre aus dem Kosovo geflohen, als Jugoslawien in Bürgerkriegen zerfiel, weitere kamen infolge des Kosovo-Krieges von 1998/1999 nach Deutschland. Die deutsche Bundesregierung hat am 12. April 2010 ein

Abkommen mit der kosovarischen Regierung unterzeichnet, das die Rückführung von ausreisepflichtigen Personen aus dem Kosovo regelt, dabei findet das Kindeswohl keinerlei Erwähnung.

Die Zukunft im Kosovo ist dabei alles andere als rosig: Laut Studie gibt es kaum Aussicht auf gesellschaftliche Integration, viele der Kinder sprechen weder serbisch noch albanisch und die Perspektive auf Bildung und medizinische Versorgung ist auch nicht gegeben. Jedes dritte Roma-Kind im Kosovo lebt zudem in extremer Armut.

Johannes Wedenig, Leiter des UNICEF Kosovo, sieht das ganz ähnlich: „Die Roma im Kosovo sind die ärmste Volksgruppe im ärmsten Land Südosteuropas. Zwei Drittel der Roma-Kinder leben dort in Armut,

jedes dritte Kind hat nicht einmal ausreichend zu essen. Armut bedeutet soziales Abseits. Kinder, die in Deutschland aufgewachsen sind, können sich meist nicht verständigen und verlieren fast alle sozialen Kontakte. Ihr Zuhause ist für sie in Deutschland. Die Abschiebung raubt ihnen fast jede Chance auf eine bessere Zukunft. Viele Familien versuchen deshalb verzweifelt und um jeden Preis, nach Deutschland zurückzukehren.“

Die Flüchtlingsorganisation PRO ASYL startete deshalb eine Protestaktion an die Innenminister: „Keine Abschiebung ins Elend“, an der man sich unter www.proasyl.de beteiligen kann.

Die Studie steht im Netz unter:
www.migration-online.de/unicef_roma_kinder

43 Millionen Menschen auf der Flucht

UNHCR-Flüchtlingsstatistik 2009 vorgestellt

Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) hat Mitte Juni 2010 in Genf die Weltflüchtlingsstatistik 2009 vorgestellt. Daraus geht hervor, dass mehr als 43 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Dies ist der Höchststand seit Mitte der 90er-Jahre. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Flüchtlinge, die nach Hause zurückkehren.

„Die großen Konflikte in Afghanistan, Somalia oder der Demokratischen Republik Kongo sind weit davon entfernt, gelöst zu werden, während Krisen, die beendet, oder sich zu stabilisieren schienen, wie im Irak oder dem Sudan, weiter andauern“, sagt UN-Flüchtlingskommissar António Guterres.

Mehr als 15 Millionen Flüchtlinge mussten aus ihrer Heimat fliehen, mehr als 27 Millionen befinden sich innerhalb ihres Heimatlandes auf der Flucht. Rund fünf Millionen Menschen sind schon länger als fünf Jahre auf der Flucht, und lediglich 250.000 Menschen konnten im letzten Jahr in ihre Heimat zurückkehren, was den niedrigsten Wert seit mehr als 20 Jahren darstellt. Die Zahl der Asylbewerber stieg weltweit im letzten Jahr auf eine Million, etwa 125.000 Menschen konnten in einem Drittstaat dauerhaft neu angesiedelt werden – ein historischer Rekordwert. Den Abschluss machen mehr als sechs Millionen erfasste Staatenlose, wobei die Dunkelziffer noch einmal so hoch sein dürfte.

Der Bericht steht im Internet unter:
www.migration-online.de/2009_global_trends

Integration durch Internet & Co.

Seminar im September

Das Internet nimmt einen immer größeren Raum in der täglichen Kommunikation und der Pflege sozialer Kontakte ein. Doch wie kann dieses Instrument für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und insbesondere Drittstaatsangehörigen genutzt werden?

In dem Workshop werden verschiedene Instrumente vorgestellt und ihre Anwendungsmöglichkeiten in Hinblick auf die Unterstützung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund diskutiert. Zielgruppen: Drittstaatsangehörige und Multiplikatoren/Multiplikatorinnen, die in oder mit Migrantinnen-

ganisationen für Drittstaatsangehörige (hauptamtlich oder ehrenamtlich) tätig sind.

Siehe Rubrik TERMINE, 24.09.



TERMINE

Tagung: 10.09.2010

Forum Weiterbildung – Weiterbildung für, von und mit Menschen mit Migrationshintergrund, Regionaltagung Nord
 Gewerkschaftshaus Hannover

Seminar: 13.09.2010

Chancengleichheit vereinbaren. Entwicklung einer Betriebsvereinbarung für partnerschaftliches Verhalten
 DGB Haus Hamburg

Training: 13.–14.09.2010

Interkulturelles Einstiegstraining für Betriebs-/Personalräte und Vertrauensleute – Schlüsselqualifikationen für die Interessenvertretung erlernen
 DGB Tagungszentrum Hattingen

Seminar: 16.–17.09.2010

Partner für Vielfalt – Managing Diversity als Strategie der Interessenvertretung von Betriebräten
 DGB Tagungszentrum Hattingen

Training: 20.–21.09.2010

Interkulturelles Vertiefungstraining (für Personen mit Vorkenntnissen aus Interkulturellen Trainings)
 DGB Tagungszentrum Starnberger See

Seminar: 20.–24.09.2010

Zielorientiert – Strategische Qualifizierungsplanung
 DGB Tagungszentrum Starnberger See

Seminar: 24.09.2010

Integration durch Internet & Co.
 Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf
 Michaela Dälken, Telefon 02 11/43 01-1 98



Migration und Integration in Zeiten der Krise – Ergebnisse des Internationalen Migrationsausblick 2010 der OECD

Kommentar von Thomas Liebig, Migrationsexperte in der Abteilung für Internationale Migration des Arbeitsmarktdirektorats der OECD und einer der Verfasser des International Migration Outlook.



Durch die Wirtschaftskrise hatte die OECD bereits in 2008 nach mehreren Jahren starken Anstiegs der Migration (Anstieg in den fünf vorangegangenen Jahren im Schnitt pro Jahr von 11 %) erstmals einen Rückgang der Migrationsflüsse zu verzeichnen. Bereits in 2011 kann es wieder zu einem Anstieg der Migration kommen, da die strukturellen Rahmenbedingungen wie der demografische Wandel und die Internationalisierung der Arbeitsmärkte durch die Krise nur kurzfristig überlagert wurden.

Welche Bedeutung die Zuwanderung bereits jetzt für den Arbeitsmarkt hat, wird besonders deutlich, wenn man den Anteil der Neuzwanderer in Bezug setzt zu den Eintritten junger Menschen in die erwerbsfähige Bevölkerung. Im OECD-Schnitt machte die Immigration vor der Krise etwas über 30 % der Neuzugänge in das erwerbsfähige Alter aus, in der Schweiz, Irland und Spanien sogar über die Hälfte. In Deutschland waren es immerhin 17 %. Insgesamt lässt sich für Deutschland in den letzten Jahren eine Verschiebung weg von der Familienzusammenführung und der Migration von Spätaussiedlern hin zu mehr Arbeitsmigration beobachten. Nach unserer Schätzung kamen im Jahr 2008 rund 22.000 überwiegend qualifizierte und hoch qualifizierte Personen von außerhalb der EU nach Deutschland – ein Anstieg von knapp 80 % gegenüber 2005, dem Jahr der Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes. Der weitaus größte Teil der dauerhaften Zuwanderung nach Deutschland stammt aber aus der erweiterten EU – rund jeder zweite Zuwanderer, der sich in Deutschland niederlässt, kommt aus dem EU-Raum.

Für die arbeitsmarktbezogene Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten sind internationale Studenten eine

zunehmend bedeutende Gruppe, der Internationale Migrationsausblick zeigt hierzu erstmals Zahlen auf. Ebenso wie Deutschland haben auch die meisten anderen OECD-Länder in den vergangenen Jahren Maßnahmen eingeführt, um internationalen Studenten – unter gewissen Voraussetzungen – sowohl während des Studiums als auch nach Studienabschluss die Arbeitsaufnahme im Empfangsland zu erlauben.

Knapp 30 % der internationalen Studenten in Deutschland bleiben nach Studienende unter einem anderen Aufenthaltstitel im Land, in dem sie entweder eine Arbeit aufnehmen oder heiraten. Zusammengenommen waren das in Deutschland über 10.000 Personen im Jahr 2008 und somit mehr, als im gleichen Jahr an Familiennachzug aus der Türkei kam. Die mit Abstand größte Studentengruppe, die bleibt, sind die Chinesen.

Würde Deutschland das Potenzial internationaler Studenten ebenso sehr nutzen wie Australien, hätte dies allein ungefähr eine Verfüffachung der arbeitsmarktbezogenen Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten zur Folge. Interessant ist im Falle von Deutschland, dass die Bleibequoten nicht viel niedriger sind als in Australien, aber es gibt relativ weniger internationale Studenten. Im OECD-Schnitt hat sich die Anzahl internationaler Studenten seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt, in Deutschland waren die Steigerungen wesentlich geringer – es ist auf dem wachsenden und an Bedeutung gewinnenden Markt für internationale Studenten gegenüber anderen Ländern zurückgefallen. OECD-weit gibt es mittlerweile rund 2,5 Millionen internationale Studenten, davon sind etwas über 200.000 in Deutschland.

Zum Schluss noch ein Wort zur Integration von Zuwanderern in der Krise. Generell lässt sich sagen, dass Migranten mit am stärksten von der Krise betroffen sind – ihre Arbeitslosigkeit ist in den meisten OECD-Ländern stärker gestiegen als die der Nicht-Migranten.

Wenn man die unterschiedliche Verteilung von Migranten und Nicht-Migranten über die Wirtschaftssektoren berücksichtigt, haben sich in Deutschland die Migranten in der Krise besser behauptet als die Nicht-Migranten. Vor allem im Bereich der häuslichen Pflege wurde offensichtlich viel aufgefangen – auch deshalb, weil sich der demografische Wandel in diesem Sektor besonders spürbar bereits auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Vor allem die zugewanderten Frauen sind verstärkt in den Arbeitsmarkt getreten, um den – drohenden oder tatsächlichen – Einkommensverlust bei ihren Ehepartnern zu kompensieren. Das ist für

Deutschland relativ deutlich zu sehen – die Beschäftigungsquote der Migrantinnen ist von Ende 2008 bis Ende 2009 um rund zwei Prozentpunkte gestiegen.

Gerade im Bereich der Kranken- und häuslichen Pflege kann auch in Zukunft weiter anwachsender Bedarf erwartet werden, und hier kann auch die Migration eine wichtige Rolle spielen. Es ist deshalb wichtig, dass die Migrationspolitik eine langfristige Perspektive beibehält.

 Dies ist eine gekürzte Fassung. Den vollständigen Kommentar finden Sie unter: www.migration-online.de/kommentar_oecd

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Europäischer Integrationsfonds

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND

Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock

Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz

Koordination: Michaela Dälken

Redaktion: Bernd Mansel, Medienbüro Arbeitswelt

Layout/Satz: ideeal, Essen

Fotos: photocase: joschide1, soulcore

Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND

Bereich Migration & Qualifizierung

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Telefon 02 11/43 01-1 99

Telefax 02 11/43 01-1 34

migration@dgb-bildungswerk.de

www.migration-online.de